



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Björn Thoroë (DIE LINKE)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Kieler Partikeltherapie - Zentrum (PTZ)

Vorbemerkung des Fragestellers:

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Heinold und Tietze (Drucksache 17/1862) wird die Frage nach dem Ausstiegswunsch von Siemens aus dem Projekt des Partikeltherapie-Zentrums (PTZ) in Kiel schon Ende 2008 durch die Landesregierung verneint. In der Beantwortung der Anfrage wird u.a. Bezug genommen auf mündliche Gespräche zwischen Herrn Minister a.D. Dr. Marnette mit Prof. Dr. Requard und Herrn Peter Löscher und auf einen Briefwechsel mit Siemens.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hat entsprechend der Ersuchen von Wirtschafts- und Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags alle Akten zum Projekt des PTZ in Kiel zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung hat hiermit ihre Informationspflicht gegenüber dem Landtag Art. 23 Abs. 2 LV sehr weitgehend erfüllt. Denn soweit Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse hiervon berührt werden, kann die Vorlage gemäß Art. 23 Abs. 3 LV abgelehnt werden. Diese Ausnahme von der Informationspflicht ergibt sich zwingend aus der Strafandrohung des StGB - § 203 Verletzung von Privatgeheimnissen. Um den Konflikt zwischen der Informationspflicht gegenüber dem Landtag und der strafrechtlichen Sanktionierung bei Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufzulösen, hat die Landesregierung entsprechend der Verfahrensregelung zwischen dem Landtag und der Landesregierung vom 18.12.1992 um vertrauliche Behandlung der Akten gebeten, um zu gewährleisten, dass der Inhalt von Unter-

lagen, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, nicht in der Öffentlichkeit bekannt wird.

Die Fragen des Antragstellers basieren auf dem Studium vertraulicher Unterlagen. Die Landesregierung hält es nicht für zulässig, die Einzelheiten der hierin enthaltenen Informationen auf dem Weg einer Kleinen Anfrage einer Veröffentlichung zugänglich zu machen.

Vor diesem Hintergrund werden die Fragen wie folgt beantwortet:

1. Was hat den Minister damals veranlasst, zusätzlich zu den mündlichen Gesprächen mit den beiden Vertretern von Siemens um eine schriftliche Bestätigung zu bitten?

Nachdem im Herbst 2008 in Presseartikeln berichtet wurde, dass Siemens den Vertrieb neuer Partikeltherapieprojekte einstellen wolle, wurde auch die Frage diskutiert, ob Siemens möglicherweise die eingegangenen Verpflichtungen über die gesamte Laufzeit des Vertrages nicht mehr erfüllen würde. In einem persönlichen Gespräch am 22. Dezember 2008 hatte das bei der Siemens AG zuständige Vorstandsmitglied Prof. Dr. Requard Herrn Minister a.D. Dr. Marnette versichert, dass die Siemens AG auch langfristig ihre Verpflichtungen zur Weiterentwicklung und Optimierung der vom UK S-H bestellten Technologie nachkommen werde. Herr Minister a.D. Dr. Marnette hat darüber hinaus in einem Schreiben vom 15. Januar 2009 an den Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, Herrn Peter Löscher, gebeten, auch noch einmal schriftlich zu bestätigen, dass die Siemens AG ungeachtet ihrer Vertriebspolitik sicherstellen werde, dass der abgeschlossene PPP-Projektvertrag über die gesamte Vertragslaufzeit erfüllt werde. Eine schriftliche Bestätigung des Vorstandsvorsitzenden hat eine größere Verbindlichkeit, etwa im Hinblick auf die Information des Landtags, als die mündliche Äußerung eines Vorstandsmitglieds.

2. Gab es im Verlauf des Jahres 2008 Hinweise durch Dritte, die damals schon darauf schließen ließen, dass Siemens ungeachtet der mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen nicht Willens oder in der Lage ist, alle vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen? Wenn ja welche und durch wen?
3. Hatte die Landesregierung 2008 bzw. 2009 Informationen darüber, ob Siemens in dieser Angelegenheit nach innen und außen unterschiedlich kommuniziert hat? Wenn ja, wie lauteten die unterschiedlichen Kommunikationsbotschaften von Siemens?
4. Hat die Landesregierung Informationen darüber, ob Siemens schon 2008 bzw. 2009 und früher die Anlage des Partikeltherapie-Zentrums als zu teuer und/oder zu groß eingeschätzt hat? Wenn ja, welche?

Die Fragen 2 bis 4 werden gemeinsam beantwortet:

Die Landesregierung hat im Herbst 2008 die in Antwort zu Frage 1. genannten Hinweise erhalten. Auf die o.g. schriftliche Nachfrage des Ministers hat der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG geantwortet, dass die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt würden und zu keinem Zeitpunkt von einer Einstellung der Entwicklungsaktivitäten die Rede war. Einzelheiten unterliegen dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

5. Gab es 2008 oder 2009 Hinweise, dass Siemens die Entwicklungskosten für die Technologie der Partikeltherapie steuerlich als Verlust abgesetzt hat bzw. absetzen wollte? Wenn ja, seit wann kannte die Landesregierung diese Hinweise?

Die Landesregierung äußert sich nicht zu steuerlichen Fragen von Geschäftspartnern des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein.